



Protokollauszug zum STADTTEILAUSSCHUSS POPPENWEILER

am Donnerstag, 19.11.2015, 19:05 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Haushaltsberatungen 2016 in den
Stadtteilausschüssen

Beratungsverlauf:

BM **Ilk** eröffnet die Sitzung und übergibt nach einer kurzen Begrüßung das Wort an Herrn **Kistler** (FB Finanzen), der zunächst in die Situation des Gesamthaushaltes einführt und dazu ergänzend auf den Vorbericht einschließlich der Schaubilder hinweist.

Als Ausgabenschwerpunkt beim stadtteilbezogenem Finanzplan 2016 nennt Herr Kistler den Bereich Bildung und Betreuung. Aber auch in anderen Bereichen, wie beim Straßenbau oder bei den Sanierungs- und Entwicklungsgebieten, stünden große Projekte an, so dass das Investitionsprogramm des Finanzzeitraums insgesamt durchaus ehrgeizig sei. Der Entwurf des Haushaltsplanes 2016 schließe momentan mit einem Defizit von 3,1 Millionen Euro ab. Danach geht Herr Kistler auf die Eckdaten des Teilhaushaltes für Poppenweiler ein. In diesem Zusammenhang erwähnt er die Baumaßnahmen zur Sanierung und Umnutzung des Alten Schulhauses, den Neubau des Kinder- und Familienzentrums, die Verlegung von diversen Spiel- und Sportangeboten am Lembergblick, die Sanierung der Haldenstraße und des Trimm-Dich-Pfads, die Verlegung des Parkplatzes „Lembergschule“ sowie Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen in der Schule und für Investitionsförderungsmaßnahmen im Sanierungsgebiet „Ortskern Poppenweiler“.

Mitglied **Bucksch** bezieht sich auf die programmatische Erklärung des Landes Baden-Württemberg, bis 2023 rund 70% der Grundschulen zu Ganztagschulen auszubauen, und fragt, ob dies eine finanzielle Entlastung für die Kommunen darstelle.

BM **Ilk** antwortet, dass der Ausbau der Ganztagschulen generell eine finanzielle Mehrbelastung für die Kommunen bedeute. In der Regel sei ein solches Vorhaben mit baulichen Maßnahmen verbunden. Es werden beispielsweise zusätzliche Räume für die Ausgabe des Mittagessens und für die Nachmittagsbetreuung der Kinder benötigt. Hierfür müssen die Städte und Gemeinden bauliche Investitionen tätigen, die weit über die gewährte Bauförderung des Landes für solche Projekte hinausgehen. Außerdem müssen die Kommunen oft zusätzliches Personal für die Lern- und Freizeitaktivitäten am Nachmittag einstellen, was ebenfalls zu mehr Personalausgaben führe.

Verteiler: 20, 48, 55, 65, 67, RefNSE, DIII

Beratungsverlauf:

Herr **Springer** (Referat Nachhaltige Stadtentwicklung) erläutert zunächst die Vorgehensweise bei der Beratung der anstehenden Tagesordnungspunkte. Themen aus den Bereichen Stadtentwicklungskonzept (STEP) und Aktive Stadt- und Ortsteilzentren (ASP), die sich überschneiden, werden miteinander vermengt. Die Verwaltung habe zum STEP-Bericht ursprünglich folgende Punkte vorgesehen: „Hinweis auf die Informationsveranstaltung Breitband“, „öffentliche Fernsprecheinrichtung“, „Bildungsareal“, „Sachstand Nahversorgung“ und „Jugendbeteiligung“ („Informeller Sport“). Diese und weitere Punkte, die die Mitglieder des Stadtteilausschusses eingebracht haben, werden der Reihe nach aufgerufen. Zugleich soll die Möglichkeit geboten werden, Fragen zu jedem Punkt zu stellen. Nach dieser Erläuterung steigt Herr Springer direkt in den Bericht zum Sanierungsgebiet ASP „Ortskern Poppenweiler“ ein.

Verteiler: RefNSE, DIII

Beratungsverlauf:

Herr **Springer** berichtet, dass die Stadt ursprünglich beim Landessanierungsprogramm (LSP) inkludiert war. Sie wurde jedoch von den Bewilligungsbehörden zum Bund-Länder-Programm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren (ASP) überführt und mit Finanzhilfen in Höhe von 1,5 Millionen Euro (Förderrahmen von 2,5 Millionen Euro) ausgestattet. Das LSP-Gebiet habe die Stadt mittlerweile mit Schreiben vom 28.08.2015 beim Land zur Abrechnung eingereicht und als Förderrahmen 1 Million Euro (Finanzhilfe 600.000 Euro) angegeben. Gleichzeitig wurde beim Land ein Aufstockungsantrag für 2016 mit einem Förderrahmen von 750.000 Euro eingereicht und die Verlängerung der Laufzeit für das Sanierungsgebiet „Ortskern Poppenweiler“ bis zum 31.12.2020 beantragt. Mit einer Entscheidung rechne die Stadt im Frühjahr 2016.

Mitglied **Klotz** regt an, auch die Steinheimer Straße zu sanieren, wenn ausreichende Fördermittel zur Verfügung stehen.

Daran anschließend schlägt Mitglied **Herzberg** vor, im Falle einer Sanierung der Steinheimer Straße über ein Durchfahrtsverbot für LKW dort nachzudenken.

Mitglied **Bucksch** bemerkt, dass der vor kurzem für die Schulkinder erstellte Mulchweg, der parallel zum Asphaltweg an der Schule vorbeiführt, ca. 2 Meter vor Beginn des nächsten Asphaltwegs ende. Deshalb müssen die Kinder bei nassem Wetter durch den Matsch in der Wiese laufen. Er regt eine Nachbesserung an.

Poppenweiler

- Sachstandsbericht Breitbandversorgung
- Verkehrssituation um Kinder- und Familienzentrum und Schule
- Sanierungsstand Alte Schule
- Informationen über die Entwicklung der Schülerzahlen Lembergschule
- Sporthalle / Gemeindehalle
- Nahversorgung
- Odenheimstraße
- Ehrenmal auf dem Friedhof
- Durchfahrtsgeschwindigkeit
- Flüchtlingssituation in Poppenweiler

Beratungsverlauf:

Zur Behandlung der Beratungspunkte aus dem Stadtteilausschuss verweist Herr **Springer** auf die Präsentation, die dem Protokoll beigefügt ist. Darüber hinaus nehmen er und BM **Ilk** Stellung zu den einzelnen Punkten:

Sachstandsbericht über die Breitbandversorgung

Herr **Springer** erinnert daran, dass die Deutsche Telekom in den vergangenen Wochen im Rahmen des VDSL-Ausbaus zahlreiche Leitungen verlegt und Verteilerkästen in Poppenweiler ausgetauscht habe. Die Telekom werde am 07.12.2015 die Anschlüsse zur Buchung frei geben. Herr Springer weist außerdem drauf hin, dass am 26.11.2015 eine Informationsveranstaltung der Telekom zum Ausbau des Glasfasernetzes in der Kelter Poppenweiler um 19:30 Uhr geplant sei. Bezug nehmend auf dem Artikel in der Ludwigsburger Kreiszeitung zu den Telefon- und Internetstörungen in Poppenweiler sagt er, dass laut Telekom diese nicht mit dem VDSL-Ausbau zusammengehängen haben, sondern mit der Erneuerung mehrerer Verbindungsstellen. Bei künftigen Beschwerden können sich die Bürgerinnen und Bürger direkt an das Unternehmen schriftlich wenden unter der Anschrift: Landgrabenweg 151, 53227 Bonn und dem Zusatz „Vorstandsbeschwerde“.

Verteiler: RefNSE

Öffentliche Fernsprecheinrichtung

Herr **Springer** berichtet, dass die Telefonzelle in der Steinheimer Straße kaum genutzt werde und sich zudem auf privatem Grund befinde. Die Telekom habe mehrmals bei der Stadt gefragt, ob diese Telefonzelle entfernt werden könne. Darüber hinaus habe der Grundstücksbesitzer ein Problem mit Ungeziefer unterhalb der Telefonzelle gemeldet. Dieses Problem könnte durch den Rückbau und eine anschließende Pflasterung behoben werden. Da sich in der Hochdorfer Straße eine weitere öffentliche Fernsprecheinrichtung befinde, würde die Stadt der Entfernung der Telefonzelle in der Steinheimer Straße befürworten.

BM **Ilk** bringt als weitere Option ein, die Fernsprecheinrichtung in der Steinheimer Straße wegen des Problems mit dem Ungeziefer abzubauen und an anderer, zentral gelegener, Stelle in Poppenweiler wieder aufzubauen. Hierzu müsse jedoch auch die Telekom befragt werden. Die Stadt werde sich in Kontakt mit ihr setzen. Herr Springer ergänzt, dass laut dem Unternehmen

Versetzungsarbeiten auf Kosten der Stadt erfolgen müssen.
Verteiler: RefNSE, DIII

Verkehrssituation um die Schule und um das Kinder- und Familienzentrum

Herr **Winkler** (FB Sicherheit und Ordnung) informiert, dass der Verwaltung von einer möglichen Gefährdung der Kinder auf dem Schulweg berichtet wurde. Es habe sich hierbei insbesondere um den Bereich Kelteräcker gehandelt. Die Fachbereiche Sicherheit und Ordnung sowie Bildung und Familie haben sich die Situation vor Ort angeschaut und festgestellt, dass die Mehrheit der Kinder den Weg über die Erdmannhäuser Straße zur Schule nehme. Der Holzhackschnitzelweg beim hinteren Schuleingang werde wegen der schlechten Sichtbarkeit und wegen der mangelnden Befestigung und Beleuchtung kaum genutzt. Auch die Parkplätze des Kinder- und Familienzentrums werden laut Herrn Winkler in der Regel von der Erdmannhäuser Straße aus angefahren anstatt von den Kelteräckern, weil dies die kürzere Strecke darstelle. Bei der vor Ort Besichtigung wurden keine kritischen Verkehrssituationen beobachtet. Den Vorschlag des Stadtteilausschusses, die Straße um die Schule und das Kinder- und Familienzentrum als Einbahnstraße auszuweisen halte die Verwaltung deshalb nicht für erforderlich. Zudem würde dadurch nicht zwingend die Schulwegsicherheit erhöht werden. Die Verwaltung schlage vor, eine Sperrung im hinteren Teil, bei der rückwärtigen Zufahrt zum Parkplatz, mit Findlingen oder Pollern vorzunehmen. Somit wäre die Straße als Schulweg gesichert und könnte offiziell in der Schulwegplanung als solcher ausgewiesen werden.

Mitglied **Eidel** findet den Vorschlag der Verwaltung gut. Sie bittet auch, ein Parkverbot entlang des Zauns am Kinder- und Familienzentrum auszuweisen, weil sonst die Fahrbahn an dieser Stelle sehr eng werde in Bezug auf den Begegnungsverkehr. Während der Bauzeit an dem Alten Schulhaus sollte nach Ansicht von Mitglied Eidel ein Zebrastreifen sowie zusätzliche sonstige Straßenbahnmarkierungen angebracht werden, um den LKW-Fahrern zu signalisieren, dass sie mit überquerenden Kindern rechnen müssen.

Mitglied **Bucksch** unterstützt ebenfalls den Vorschlag der Verwaltung.

Mitglied **Herzberg** sieht den Begegnungsverkehr direkt vor dem Kinder- und Familienzentrum sehr kritisch und befürwortet deshalb eine Einbahnstraßenregelung mit gleichzeitiger Errichtung von Querungshilfen oder Verkehrsinseln, damit die Kinder nicht direkt in Richtung der Autos laufen. Zudem spricht Mitglied Herzberg die schlechte Beleuchtung auf dem Parkplatz an und fragt, ob hier das Anbringen einer Beleuchtung geplant sei.

Mitglied **Schmidt** spricht ebenfalls die Dunkelheit auf dem Parkplatz an, insbesondere in den Wintermonaten, und bittet um eine rasche und notfalls auch provisorische Abhilfe. **BM Ilk** verspricht, dass die Stadt sich darum kümmern werde.

Mitglied **Klotz** schlägt vor, dass die Verwaltung nach dem Umbau des Alten Schulhauses eine Gesamtkonzeption inklusive des Standortes für eine neue Sporthalle vorlegt.

BM Ilk beruft sich auf die Prioritätenliste des Gemeinderats für die geplanten Hochbaumaßnahmen und möchte keine Hoffnungen auf einen schnellen Sporthallenbau wecken. Die schnelle Erarbeitung eines Rahmenplans ohne rechtliche Bewandnis, aus dem sich einige Planungselemente für eine künftige Sporthalle abgeleitet werden lassen, hält er aber für möglich. Zudem schlägt **BM Ilk** vor, dass Verwaltung, Stadtteilausschussmitglieder und Mitglieder der Fraktionen und Gruppen des Gemeinderats bei einem vor Ort Termin, der noch vor der nächsten Sitzung des Stadtteilausschusses stattfinden sollte, die Situation gemeinsam begutachten und Lösungen erarbeiten.

Verteiler: 32, 48, 67, RefNSE, DIII

Sanierungsstand Alte Schule

Herr **Springer** skizziert den Sanierungsstand wie folgt: Die Bestandsuntersuchung sei mittlerweile abgeschlossen. Auch die Ausführungsplanung und die Statik seien weitgehend fertiggestellt. Die Ausschreibungen für die Abbruch-, Rohbau-, Dachdecker-, Klempner und Fensterverglasungsarbeiten seien ebenfalls erfolgt. Erste Angebote lägen vor. Die Verwaltung prüfe aktuell die Preise und werde eine Beschlussvorlage für die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) am 26.11.2015 erstellen. Die Baustelle soll im Dezember 2015 eingerichtet werden. Die Fertigstellung der Sanierungs- und Umbauarbeiten sei im Frühjahr 2017 geplant. Der Ausgang des Schulgebäudes in der Erdmannhäuser Straße soll barrierefrei werden.

BM **Ilk** schlägt vor, bei dem vor Ort Termin auch durch das Alte Schulhaus zu gehen.

Verteiler: 65, DIII

Information über die Entwicklung der Schülerzahlen Lembergschule

Herr **Springer** informiert, dass für das Schuljahr 2015/16 drei Eingangsklassen gebildet wurden. Derzeit besuchen 211 Kinder die Schule und seien auf 11 Klassen verteilt. Im Schuljahr 2016/17 werden laut Prognose von biregio ebenfalls drei Eingangsklassen gebildet. Dann werden 238 Kinder auf 11 Klassen verteilt sein. Das Schulgebäude habe derzeit 8 Klassen- und 3 Mehrzweckräume. Nach der Sanierung werden 3 weitere Klassenräume, ein Funktionsraum für die Ganztagsbetreuung und eine Mensa mit Essensausgabe hinzukommen. Eventuelle Zwischenlösungen werde der Fachbereich Bildung und Familie mit der Schulleitung abstimmen.

Mitglied **Bucksch** weist darauf hin, dass die Akustik im Container, der aktuell auf dem Schulhof steht und eine Klasse sowie eine Kernzeitgruppe beherbergt, sehr schlecht sei. BM **Ilk** sichert zu, dass der Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft den Container bei Vollbesetzung untersuchen werde.

Verteiler: 48, 65, DIII

Außenanlage Lembergschule

Anhand der Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, stellt Herr **Springer** die geplanten zwei Bauabschnitte zur Neugestaltung der Außenanlage Lembergschule sowie die Ergebnisse der im April 2015 erfolgten Schülerumfrage vor. Auch die Baubilanz und die Finanzplanung dieser Maßnahme werden erläutert. Die Planungen für den Rückbau des Parkplatzes werden im Jahr 2016 erfolgen. Die Bauarbeiten für den ersten Bauabschnitt sind im Frühjahr 2017 zeitlich festgesetzt worden.

BM **Ilk** sichert zu, dass die gezeigte Präsentation den Mitgliedern des Stadtteilausschusses per E-Mail in PDF-Format zugesandt werde.

Verteiler: 67, DIII

Sporthalle / Gemeindehalle

Herr **Springer** geht auf die vom Stadtteilausschuss geforderten Maßnahmen im Bereich der Sporthalle / Gemeindehalle ein und informiert über das künftige Vorgehen.

- *Schaffung von Umkleide- und Duschräumen, die eigens für den Sportbetrieb in der Gemeindehalle vorzuhalten sind:* Es werde geprüft, ob die Sammel- und Einzelumkleideräume, die sich im Bereich des Lehrschwimmbeckens der SWLB befinden, getrennt und entsprechend zugeordnet werden können. Hierzu werde der Fachbereich Sport und Gesundheit weitere Gespräche mit dem Sportverein, das Bad-Team und der SWLB führen.

Mitglied **Klotz** bemerkt, dass die Besucher der Schwimmkurse in der Regel die Sammelumkleiden benutzen. Die Umkleideräume im hinteren Bereich, die für den offiziellen Hallenbadbetrieb vorgesehen seien, blieben meistens ungenutzt. Diese könnten den Sporttreibenden in der Gemeindehalle zur Verfügung gestellt werden. Bei dieser Gelegenheit erinnert Mitglied Klotz daran, dass in der Kelter keine Umkleidemöglichkeiten für die dort stattfindenden Sportkurse existieren.

Mitglied **Eidel** weist darauf hin, dass in den Umkleideräumen im hinteren Bereich lediglich Spinte vorhanden seien, aber keine Bänke.

- *Schaffung von ausreichend Lagerfläche für Sportgeräte:* Der Stadtverwaltung sei die schwierige Lagerungssituation unter der Bühne bekannt. Der Fachbereich Sport und Gesundheit prüfe noch die Möglichkeiten zur Ausweitung der Lagerfläche.
- *Sanierung der Betonflächen innen:* Die Betonflächen werden in nächster Zeit saniert.
- *Renovierung im Bühnenbereich:* Mögliche Renovierungsmaßnahmen für diesen Bereich werden aktuell von der Verwaltung geprüft.
- *Nutzungsmöglichkeit für Basketball herstellen (zweiter Korb):* Diese Maßnahme sei umsetzbar und werde bald realisiert.
- *Schaffung von zusätzlichem Lagerraum für den provisorischen Sportbetrieb in der Kelter:* Es werden Möglichkeiten zur Schaffung von zusätzlichem Lagerraum geprüft. Mitglied **Kucher** schlägt zu diesem Zweck die Platzierung von Schränken im Stuhllager oder im Garderobenbereich der Kelter vor. Darin könnten beispielsweise kleinere Sportgeräte deponiert werden.
- *Verbesserung der Beleuchtung in der Kelter:* Die Beleuchtungsstärke in der Kelter wurde bereits gemessen und habe ergeben, dass ein Austausch der bestehenden Lichtkörper dringend erforderlich sei. Die Maßnahme soll 2016/17 umgesetzt werden.
- *Instandsetzung der Lüftungsanlage, eventuell Einbau einer Klimatisierung in der Sporthalle:* Das Thema werde von der Verwaltung geprüft.

Verteiler: 55, 65, DIII

Jugendbeteiligung / „Informeller Sport“

Herr **Springer** berichtet, dass Anfang des Jahres 2015 im Vorfeld des Jugendhearings insgesamt 4800 Jugendliche im Alter von 12 bis 17 Jahren zu ihren Wünschen für die Zukunft ihrer Stadt befragt wurden. 610 Teilnehmer hätten den Fragenbogen ausgefüllt und mit ihren Antworten ein Stimmungsbild geliefert. Dabei seien aus Sicht der Jugendlichen drei Themen besonders wichtig

gewesen: a) Grün in der Stadt, b) Sicherheit und c) vielfältiges Sport- und Freizeitangebot. Das dritte Themenfeld (vielfältiges Sport- und Freizeitangebot) sei auch in der Zukunftskonferenz am 17. und 18.04.2015 vertieft diskutiert worden. Die Diskussionsergebnisse ließen sich wie folgt zusammenfassen:

- a) Erhaltung und Verbesserung bestehender Freizeit- und Sportangebote
- b) Wunsch nach neuen spezifischen Angeboten
- c) bestehende Angebote besser untereinander kommunizieren

Auf dem Weg zur Realisierung der genannten Ziele stellen die Finanzierung, die Findung geeigneter Plätze sowie die Einwohnerbeschwerden über den Lärm wichtige Hindernisse dar.

Verteiler: 17, 55

Nahversorgung

Herr **Springer** teilt mit, dass der KIWI-Markt künftig weiterbetrieben werde. Die offizielle Wiedereröffnung nach den Umbauarbeiten sei für den 28.11.2015 terminiert worden. Es hänge jetzt von den Bürgerinnen und Bürgern in Poppenweiler ab, ob sich daraus eine gute Lösung für die Nahversorgung entwickeln werde.

Mitglied **Herzberg** berichtet, dass ihn oft Bürgerinnen und Bürger ansprechen, die wünschen, dass das „Winkele“ neben dem Heimatverein wieder eröffnet und als Abkürzungsweg genutzt werde. Auch Mitglied **Eidel** schlägt vor, das „Winkele“ probeweise als Durchgang zu öffnen. Allerdings sollte in diesem Fall auch eine Beleuchtung dort angebracht werden. Herr **Springer** erklärt, dass die Sperrung vom Heimatverein angeregt wurde, um der unkontrollierten Verrichtung der Notdurft an dieser Stelle zu unterbinden.

BM **Ilk** teilt mit, dass der anwesende Stadtrat **Weiss** sich bereit erkläre, mit dem Heimatverein bezüglich einer Öffnung des „Winkele“ zu sprechen.

Verteiler: RefNSE, 67, DIII

Odenheimstraße

Herr **Springer** informiert, dass Anwohner der Odenheimstraße sich bei der Stadt wegen des widerrechtlichen Parkens auf dem Grünstreifen dort beschwert hatten. Der Fachbereich Sicherheit und Ordnung habe zunächst durch das Aussprechen von Verwarnungen versucht, die Situation zu bessern. Das habe jedoch nicht funktioniert. Deshalb wurde die Anordnung getroffen, die Unterbindung der Parkierung auf dem Grünstreifen durch bauliche Mittel herbeizuführen. Die kostengünstigste Lösung sei die Installation einer Rundholzbalken-konstruktion durch die TDL gewesen. Diese musste jedoch einige Tage nach ihrer Installation wegen Leitungsarbeiten der Telekom und der SWLB wieder entfernt werden. Die Kosten für den Abbau haben die Leitungsverleger übernommen. Die Rundholzbalken wurden auf dem Betriebshof der TDL gebracht und sollen für andere Maßnahmen benutzt werden. Um widerrechtliches Parken auf dem Grünstreifen nach Beendigung der Leitungsarbeiten zu verhindern, wurden dort Findlinge platziert. Diese lassen sich bei erneut notwendig werdenden Arbeiten auch leicht wieder entfernen.

Mitglied **Herzberg** fragt, ob auf dem Schulweg in Höhe des Altersheimes ein Geländer angebracht werden könnte. Oft halte dort Lieferverkehr an und blockiere den gesamten Gehweg, so dass die Schulkinder über die Straße laufen müssen.

BM **Ilk** schlägt vor, diese Stelle bei dem vor Ort Termin abzuschreiben.

Verteiler: 32, 67, DIII

Ehrenmal auf dem Friedhof

Herr **Springer** teilt mit, dass vor dem Volkstrauertag die Kiesfläche des Ehrenmals gereinigt und die Pflasterfläche hergerichtet wurde. Die Stele selbst soll im Frühjahr 2016 von einem Steinmetz gesäubert werden.

Verteiler: 67

Freiflächenentwicklungskonzept (FEK)

Das Freiflächenentwicklungskonzept ist im Februar 2015 im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt sowie im Gemeinderat beraten worden. Es wurde kein Beschluss gefasst, aber der Wunsch geäußert, die Maßnahmen zu konkretisieren und zu priorisieren. In der Zukunftskonferenz im April 2015 ist das FEK im Themenfeld „Grün in der Stadt“ eingebracht worden. Laut Herrn **Springer** werden aktuell Leitprojekte in diesem Bereich erarbeitet, kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen priorisiert und das FEK in die Masterpläne eingespeist. Anfang 2016 sei eine Informationsveranstaltung und ein Workshop zum Freiflächenentwicklungskonzept und zum Klimaanpassungskonzept für die Stadtteilausschüsse und für interessierte Bürgerinnen und Bürger geplant. Eine Beschlussfassung zum FEK soll im 2. Quartal 2016 erfolgen.

Verteiler: RefNSE, 67, DIII

Durchfahrtsgeschwindigkeit

Herr **Winkler** erklärt, dass die Durchfahrtsgeschwindigkeit durch Poppenweiler auch Bestandteil des vom Gemeinderat angenommenen Lärmaktionsplans sei. Die Maßnahme wurde bereits von der Verkehrsbehörde beim Regierungspräsidium Stuttgart mit der Bitte um Freigabe angemeldet. Das Regierungspräsidium habe jedoch die Abwägungen der Stadt Ludwigsburg nicht auf Anhieb akzeptiert und einen umfangreichen Fragekatalog zurückgesandt. Aktuell werde von der Stadtverwaltung noch daran gearbeitet. Wegen des Verwaltungsaufwands werde sich die Umsetzung der Maßnahme mit großer Wahrscheinlichkeit verzögern.

Verteiler: 32, DIII

LKW-Durchfahrtsverbot: Ortsdurchfahrt Poppenweiler von Marbach kommend

BM **Ilk** erklärt, dass ein solches Durchfahrtsverbot nur in Abstimmung mit der Stadt Marbach möglich sei. Zudem müsse es im Einvernehmen mit der Verkehrsbehörde des Landkreises angeordnet werden. Der Wunsch sei als Anregung zum Lärmaktionsplan Marbach abgegeben und von Marbach an das Landratsamt weiter geleitet worden. Das Landratsamt habe noch keine Entscheidung getroffen.

Verteiler: 32, DIII

Flüchtlingssituation in Poppenweiler

BM **Ilk** äußert sich zufrieden, dass sich nun ein Asylkreis in Poppenweiler bildet. Der Stadtteil erwarte 20 Menschen für die Anschlussunterbringung. Die Stadt Ludwigsburg suche nach weiteren Standorten, um temporäre, aber dennoch wertige, Modulbauten für die Anschlussunterbringung zu errichten. Dies sei auch die klare Aufforderung des Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales (BSS) und des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt (BTU) in ihrer gemeinsamen Sitzung am 12.11.2015 an die Stadtverwaltung gewesen. Die Unterbringung der Flüchtlinge werde außerdem in der Sitzung des Gemeinderats am 25.11.2015 beraten. BM Ilk appelliert an die Mitglieder des Stadteilausschusses, der Verwaltung freie Flächen, die für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt werden könnten, zu melden.

Mitglied **Kucher**, teilt mit, sie habe erfahren, dass die Stadt Ludwigsburg keine Trägerschaft für Asylkreise übernehme und möchte wissen, ob das stimmt. Sie weist darauf hin, dass Asylkreise keine Spendenbescheinigungen ausstellen können, da sie keine eingetragenen Vereine seien. Nach Aussage von Mitglied Kucher seien die ehrenamtlichen Helfer des Asylkreises haftpflicht- und unfallversichert, die Flüchtlinge jedoch nicht.

BM **Ilk** sagt zu, den genauen Sachverhalt intern zu klären und den Mitgliedern des Stadteilausschusses per E-Mail anschließend zu informieren.

Herr **Winkler** fügt hinzu, dass der FB Bürgerschaftliche Kooperation die Arbeit der Asylkreise koordiniere und den Kontakt zu den Kirchen und anderen Trägern der Flüchtlingsarbeit aufrechterhalte. Dies sei wichtig, damit die gegründeten Asylkreise weiter arbeiten können.

Nachdem keine weiteren Punkte zur Beratung anstehen, schließt BM **Ilk** die Sitzung.

Verteiler: 17, DII, DIII